

Der Antifolter-Kommission politisches Interesse vorzuwerfen, ist absurd



Wochenkommentar

Hannah Frei
Redaktorin

Was hat sich die Berner Sicherheitsdirektion vom Bericht erhofft? Einen Schulterklopper?

Die Kinder im Rückkehrzentrum in Bözingen leben unter menschenunwürdigen Bedingungen. Zu diesem Schluss kommt der Bericht der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF). Er ist vorgestern erschienen. Und der Berner Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP) sagt, ihm seien die Hände gebunden. «Was sollen wir mit diesen Empfehlungen anfangen?», so seine Rückmeldung auf den Bericht. Da fragt man sich natürlich: Weshalb hat die Berner Sicherheitsdirektion den Bericht überhaupt in Auftrag gegeben? Was hat sie sich davon erhofft? Vielleicht, dass dieser aufzeigt, dass in den Berner Rückkehrzentren alles oder zumindest vieles geschmeidig läuft? Einen Schulterklopper? Eine Steighilfe auf dem politischen Treppchen?

Bald sind Regierungswahlen, sowohl Müller als auch der Bieler Stadtpräsident Erich Fehr (SP) sind im Rennen. Und sie rennen, schubsen, halten fest. Zeitgleich werden Kinder geschubst. Dagegen unternimmt weder Müller noch Fehr etwas. Weil ihnen «die Hände gebunden» sind. Und sie nicht «schon wieder nachgeben» wollen.

Und dem liegt zugrunde, dass die Menschen, die in Rückkehrzentren leben, gar nicht mehr hier sein sollen. Sie alle haben einen rechtskräftigen Wegweisungsentscheid, befinden sich in einem ausserordentlichen Verfahren oder haben nach negativem Asylentscheid ein weiteres Mal Asyl beantragt. Ziel der Unterbringung in einem Rückkehrzentrum, verbunden mit der Nothilfeergelung, ist, die Ausreisepflicht durchzusetzen. Höchstens ein paar Monate sollen die Menschen in dieser misslichen Lage bleiben, am besten nur ein paar Wochen. Doch viele von ihnen bleiben Jahre.

Fakt ist: Diese Kinder sind nun einmal da. Und weder der Kanton noch die Stadt Biel wird sie mit ihrer abweisenden Haltung dazu bringen, zu gehen. Viele von ihnen sind hier geboren, gehen hier zur Schule, werden hier gross. Und das in einem Container, in dem Bedingungen herrschen, die ihnen ein auch nur im Ansatz kindgerechtes Leben verwehren. Das sagt nicht irgendeine Nonprofit-Organisation, keine Gruppe von Gutmenschen, die sowieso gerne jeden und jede in den Arm nehmen und ganz doll festhalten möchte.

Es ist die Nationale Antifolter-Kommission, eine behördenunabhängige Kommission auf Bundesebene, die den gesetzlichen Auftrag hat, in Gefängnissen, Asylzentren oder sonstigen Einrichtungen des Freiheitsentzugs zu überprüfen, ob die Grundrechte der Menschen eingehalten werden. Ist dies nicht der Fall, wie etwa bei den Berner Rückkehrzentren, werden Empfehlungen gesprochen. Keine Weisungen. Umsetzen müssen die Zuständigen also nichts. Es sind lediglich Verbesserungsvorschläge. Gebunden ist die Schweiz hingegen an die UN-Kinderrechtskonvention, seit sie dieser 1997 beigetreten ist. Kontrolliert und umgesetzt wird dies jedoch mehr schlecht als recht. Die Vertragsstaaten, also auch die Schweiz, sind verpflichtet, alle fünf Jahre dem UN-Kinderrechtsausschuss einen Bericht über den Stand der

Umsetzung der Kinderrechtskonvention auszuhandigen. Und wenn dieser auf Verstösse hinweist, muss die Schweiz über die Bücher. Oder besser gesagt: Es wäre schön, wenn sie das tun würde. Wohl eine dringliche Empfehlung.

Zurück zu Müller und der Antifolter-Kommission: Im Grunde gibt sich die Sicherheitsdirektion Mühe, die Situation in den Rückkehrzentren immer wieder zu überdenken und allenfalls zu verbessern. Unabhängig vom Bericht der Antifolter-Kommission legte man beispielsweise bereits vor einiger Zeit ein Augenmerk darauf, Familien und Frauen von den alleinstehenden Männern zu trennen. Bözingen wurde so immer mehr zu einer Familien-Unterkunft. In Gampelen hingegen befinden sich ausschliesslich Männer. Und im neuen Rückkehrzentrum in Enggistein, wo die deutschsprachigen Familien und die Frauen nach der Schliessung der Containersiedlung Bözingen diesen Sommer hinziehen, werden ebenfalls keine alleinstehenden Männer aufgenommen. Diese Trennung ist, was die Antifolter-Kommission «dringend» empfiehlt.

Sie empfiehlt aber noch viel mehr. Und zu all dem sagt Müller nur: Nicht umsetzbar, da nicht mit den gesetzlichen Vorgaben vereinbar. Das betreffe etwa die Empfehlung, Familien neu grundsätzlich in Wohnungen unterzubringen und nicht in Kollektivunterkünften. Oder auch die Erhöhung der Nothilfeleistungen für Familien mit Kindern. Da gebe es kaum Spielraum. Doch das ist falsch. Den gibt es. Dies zeigen schon nur die Beispiele, in denen Familien bei Privatpersonen oder in eigenen Wohnungen untergebracht werden. Das funktioniert. Im Kanton Bern erhielten im letzten Sommer 653 Personen Nothilfe. Sie warten alle darauf, ausgeschafft zu werden. 353 davon sind in Kollektivunterkünften daheim, 227 bei Privatpersonen oder in Wohnungen.

Müller sagt also nicht die ganze Wahrheit. Und nicht nur das: Er und sein Team greifen in ihrer Stellungnahme die Antifolter-Kommission an und werfen ihr vor, nicht transparent gearbeitet und lediglich eine «politische Einschätzung» abgegeben zu haben. Zudem werde im Bericht «kein Kinderrecht konkretisiert», das verletzt worden sei. Ernsthaft? Der Antifolter-Kommission politische Interessen vorzuwerfen, ist absurd. Vielmehr geht es hier wohl um Müllers politisches Interesse. Ginge es nicht um das Wohl von Menschen, ja sogar von Kindern, den verletzlichsten aller Menschen, würde sich dieses politische Interesse wohl auch rechtfertigen lassen. Aber zu sagen, da könne man nichts machen, wenn Kleinkinder unter miserablen Bedingungen aufwachsen müssen, das geht nicht.

Im Sommer wird das Rückkehrzentrum in Bözingen geschlossen. In Enggistein werden es die deutschsprachigen Kinder hoffentlich besser haben. Und für die französischsprachigen Familien braucht es eine vertretbare Alternative. Alles andere wäre eine menschenunwürdige politische Entscheidung.

hannah.frei@bielertagblatt.ch

Aus alt und neu wird ein Ganzes

Gedanken
zum Sonntag

Rolf Reimann
Christkatholischer Theologe



Mehr Neues, etwa modernere Gesänge und Gottesdienstformen, die Anerkennung neuzeitlicher Familien- und Partnerschaftsmodelle und aktualitätsbezogene Veranstaltungen verlangen die einen von der Kirche. Bewahrung von Traditionen und Verteidigung herkömmlicher moralischer Vorstellungen gegen den modernen Zeitgeist, also mehr Altes, erwarten die andern von der Kirche. Wer hat recht?

Das eigenartige und faszinierende Spannungsverhältnis zwischen neu und alt wird angesprochen im 13. Kapitel des Matthäusevangeliums, wo Jesus sagt: «Ein jeglicher Schriftgelehrter, der ein Jünger des Himmelreiches (oder: Reich Gottes) geworden ist, gleicht einem Hausvater, der aus seinem Schatz Neues und Altes hervorholt.»

Neu und alt brauchen sich also nicht gegenseitig auszuschliessen und sind nicht gegeneinander auszuspielen. Wenn der Hausvater aus seinem Schatz Neues und Altes hervorholt, so hat eben beides seine Bedeutung und seinen eigenen Wert.

Diese Einsicht scheint mir besonders wichtig unter anderem im Zusammenhang mit dem Wunsch, ein völlig neues Leben anzufangen, einem Wunsch, der zu verschiedenen Zeiten im Leben eines Menschen auftreten kann. Oft verbindet sich mit diesem Wunsch die Absicht, alles Alte zurückzulassen, um wirklich ein neues Leben anzufangen.

Wir können rund um uns herum mit Neuem in Berührung kommen oder auch, wie es etwa in

Wenn der Hausvater aus seinem Schatz Neues und Altes hervorholt, so hat eben beides seine Bedeutung und seinen eigenen Wert.

einer Psychotherapie geschieht, Erneuerung in unserem Innern wünschen und zu verwirklichen suchen, stellen aber immer wieder fest, dass wir doch immer noch die Alten sind. Altes ist nicht einfach beseitigt und durch Neues ersetzt worden, sondern Neues und Altes existieren nebeneinander und zueinander in einem intensiven Spannungsverhältnis.

Wenn wir in unserem Inneren nach Kostbarkeiten suchen, so werden wir also immer Neues und Altes finden und hervorholen können in den verschiedensten Situationen unseres Lebens. Wir benötigen beides, wenn unser Leben sich erneuern, entwickeln und entfalten soll. Totaler Abbruch des alten und Aufbau eines völlig neuen Lebens entspricht wohl ebenso wenig unserer Wirklichkeit wie eine «Renovation» im Sinne einer reinen Konservierung des Bisherigen, des Alten.

Bei der Erneuerung unseres Lebens ermöglichen alte Kostbarkeiten aus unserem inneren Reichtum, etwa bisherige, bewährte Erfahrungen und Erkenntnisse, eine wirkungsvolle Begegnung mit noch nicht Vertrautem und Unbekanntem.

So denke ich, dass wir unseren Wunsch nach Erneuerung unseres Lebens verwirklichen können eher im Sinne einer ständigen «sanften Renovation», bei welcher alte, noch brauchbare und tragfähige Substanz in uns gereinigt und verstärkt wird so, dass sie sich mit Neuem zu einem lebendigen Ganzen verbinden kann. Wenn wir dabei spüren, dass wir immer mehr wir selber werden, immer mehr das Leben verwirklichen, für welches wir von Gott gedacht sind, entdecken wir, im Sinne der Ausdrucksweise des Evangeliums, Spuren des Reiches Gottes in unserer Lebenswirklichkeit.

Info: Rolf Reimann ist christkatholischer Theologe und ehemaliger Pfarrer der Christkatholischen Kirchgemeinden Biel und Saint-Imier. In dieser Rubrik schreiben abwechselungsweise Autorinnen und Autoren verschiedener Glaubensbekenntnisse
kontext@bielertagblatt.ch

Leserbrief der Woche

Der Porttunnel – Lösung oder Irrtum?

Diskussionsbeitrag

Mit Genugtuung stelle ich fest, dass sich jetzt die Gemeinde Ipsach gegen die vorliegende Variante des Porttunnels wehrt. Es ist für ihre Bewohner auf die Dauer einfach unzumutbar, wenn der ganze Durchgangsverkehr mitten durch das Dorf geleitet wird. Dasselbe gilt aber auch für die Dörfer Sutz und Täuffelen. Deshalb lohnt es sich, die Streckenführung der Durchgangsstrasse Ins-Biel noch einmal zu überdenken.

Glaukt denn wirklich jemand im Ernst, dass ein von Ins herkommender Automobilist, der nach Biel fahren möchte, nach dem Dorf Ipsach in einen Tunnel Richtung Port einfahren wird, um dort bei der Schleusenbrücke und den folgenden vielen Ampelanlagen mit grosser Wahrscheinlichkeit in einem Stau stecken zu bleiben? Da nimmt er vermutlich doch eher die 30 km-Geschwindigkeits-Beschränkung durch Nidau in Kauf, um so auf kürzestem Weg nach Biel zu gelangen. Wo also liegt bei einer solchen Planung der Nutzen für die Orte Nidau, Port und Ipsach? Wie könnte man den Knoten lösen? Wie wäre es zum Beispiel, wenn wir uns

Wo also liegt bei einer solchen Planung der Nutzen für die Orte Nidau, Port und Ipsach?

Folgendes vorstellen würden: Tunnel-Eingang im Raum Schlattwald bei Sutz, Tunnel-Ausgang im Raum Spärs/Port, Bau einer neuen Aarebrücke, Anschluss via Mittelstrasse an die Autostrasse Biel-Lyss beziehungsweise Lyss-Biel. Es ergäbe sich so eine direkte, unproblematische Verbindung mit Biel, dem Jura, nach Solothurn und Bern.

Diese Streckenführung würde nirgends durch ein Wohngebiet führen. Die neue Route könnte im Raum Sutz ausserdem auf die gleiche Weise umweltfreundlich gebaut werden, wie dies seinerzeit beim Grenchen-Tunnel «Witi» der Fall war, und es

käme zu keiner wesentlichen Veränderung des Landschaftsbildes.

Es ist klar, dass der Bau dieser Strecke mehr kosten würde als der Bau nach der heutigen Planung. Statt von einem «Porttunnel» müsste man dann eher von einem «Jensberg-Tunnel» sprechen. Unsere Nachkommen wären uns aber sicher dankbar, wenn eine weitsichtige Planung und eine zum Wohl der Menschen und der Umwelt erträgliche Variante gewählt und verwirklicht würde.

Natürlich gäbe es für den Bau noch andere Möglichkeiten, über die man diskutieren könnte. Es lohnt sich daher sicher, über das Ganze noch einmal nachzudenken. Versuchen wir, weitsichtig und zukunftsgerichtet zu planen und uns nicht mit untauglichen, aber kostspieligen Korrekturen zu begnügen. Machen wir bitte jetzt nicht die gleichen oder ähnliche Fehler, die beim Bau der Strasse auf der linken Seite des Bielersees begangen worden sind. *Urs Stopper, Port*

Info: Der Leserbrief der Woche muss nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln.